Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2705**

15. Wahlperiode 10. 03. 2004

Große Anfrage

der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Eberhard Otto (Godern), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Rainer Funke, Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Europäische Verkehrspolitik

Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht hat die Europäische Union in der Verkehrspolitik erheblich an Gesetzgebungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hinzugewonnen. Derzeit stehen in praktisch allen zentralen Handlungsfeldern der Verkehrspolitik verkehrspolitische Initiativen der EU-Kommission, des Europäischen Parlaments oder des EU-Ministerrates bevor. Das Jahr 2004 wird allerdings für alle drei genannten europäischen Institutionen große Veränderungen bringen. Am 1. Mai 2004 tritt die EU-Erweiterung in Kraft, mit der Folge, dass die zehn neuen Mitgliedstaaten Stimmrecht im Ministerrat und somit auch im EU-Verkehrsministerrat haben werden. Daraus ergibt sich eine neue Stimmengewichtung für die einzelnen Mitgliedstaaten, wie sie beim EU-Gipfel in Nizza Ende 2000 festgelegt wurde. Deutschland wird dabei wie alle bisherigen EU-Länder relativ an Stimmengewicht verlieren. Dies wird etwa für die zukünftige Behandlung der strittigen Frage um ein Fortbestehen des Sonntagsfahrverbots für Lkw in Deutschland von hoher Bedeutung sein. Im Juni 2004 finden außerdem in den 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union Europawahlen statt. Dadurch wird es zu einer personellen Neubesetzung auch der Fachausschüsse wie des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament kommen. Wegen des Auslaufens der Wahlperiode werden viele unerledigte Rechtsakte der Diskontinuität anheim fallen. Schließlich wird im Laufe des Jahres 2004 auch eine neue EU-Kommission für die kommenden fünf Jahre eingesetzt. Sicher ist, dass es von November 2004 an einen neuen EU-Verkehrskommissar geben wird, da die amtierende Kommissarin Loyola de Palacio bereits angekündigt hat, dass sie für eine weitere Amtsperiode nicht zur Verfügung steht. Die Berufung eines neuen Verkehrskommissars wird auch zumindest teilweise eine Neubesetzung der Spitzenbeamtenschaft mit sich bringen. Gleichzeitig ist eine Teilung der bisher von Loyola de Palacio geführten Generaldirektion „Energie und Verkehr“ in zwei eigenständige Ressorts im Gespräch.

All dies zeigt: Das Jahr 2004 wird zu einem Jahr der Weichenstellungen in der europäischen Verkehrspolitik.

Dies bietet den Anlass, die Bundesregierung nach ihren Positionen zu den verkehrspolitischen Prioritäten der EU im Verlauf der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestags zu befragen und die Vorstellungen der Bundesregierung im Deutschen Bundestag zu debattieren. Die Bundesregierung möge darlegen, welche verkehrspolitischen Initiativen sie in Zusammenarbeit mit den zuständigen EU-Organen plant und welche verkehrspolitischen Prioritäten sie dabei setzt. Aus deutscher Sicht gibt es zahlreiche Handlungsfelder, auf denen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland deutlicher und nachdrücklicher als bisher vertreten werden müssen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf in nahezu allen Wirtschaftsbereichen bestehende Harmonisierungsdefizite zulasten deutscher Unternehmen.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Grundsatzfragen

1. Welches sind aus Sicht der Bundesregierung bis 2006 die zentralen verkehrspolitischen Themen der Europäischen Union, welche Positionen vertritt die Bundesregierung insoweit und welche konkreten Initiativen auf der Ebene des EU-Verkehrsministerrates sind geplant?

2. In welchen Verkehrssektoren und in welchen konkreten Zusammenhängen sieht die Bundesregierung Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen?

   Welche konkreten Initiativen plant die Bundesregierung, um bestehende Wettbewerbsnachteile abzubauen, insbesondere im Bereich des Steuer-, Abgaben- und Gebührenrechts?

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Umsetzung der im Weißbuch 2002 angekündigten Gesamtstrategie und der angekündigten wesentlichen Maßnahmen wie die Revitalisierung der Eisenbahnen, die Modernisierung von arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften, die Schaffung von Hochgeschwindigkeits-Seewegen, die Ausweitung der Flughafenkapazitäten, die Einführung einer Kerosinsteuer, die Verbesserung der Interoperabilität der Verkehrssysteme, die Einführung eines europäischen Satellitennavigationsprogrammes, die Vereinheitlichung der Wegekostenabgaben bei der Infrastrukturnutzung sowie die Reduzierung von Straßenverkehrsunfällen?

   Wie lautet die Position der Bundesregierung zu den vorstehenden Themenbereichen und welche konkreten Initiativen hat die Bundesregierung zur Einbringung ihrer Position unternommen?

4. Sind nach Auffassung der Bundesregierung die im Weißbuch der EU-Kommission von 2001 enthaltenen Verkehrsprognosen aktuell, wonach der Güterverkehr in Europa bis 2010 und gegenüber dem Jahr 2000 um 38 % und der Personenverkehr um 24 % wachsen wird?

5. Wie ist die Position der Bundesregierung zu der von der EU-Kommission angestrebten allmählichen Entkopplung von Verkehrs- und Wirtschaftswachstum?

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die mit der Änderung der Entscheidung 1692/96/EG vorgelegten „Leitlinien Transeuropäischer Verkehrsnetze“ insbesondere im Hinblick auf die Einbeziehung der Beitrittsländer in das Transeuropäische Verkehrsnetz, die Aktualisierung und Ausweitung der förderungswürdigen Projekte und die strukturellen Verbesserungen der bestehenden Leitlinien?

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Mitteilung vom 23. April 2003 vorgelegten neuen Finanzierungsmechanismen für die Transeuropäischen Verkehrsnetze, insbesondere die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften sowie die Verstärkung der Synergiewirkung öffentlicher Mittel etwa durch einen „europäischen Verkehrsfonds“?

8. Welche Position bezieht die Bundesregierung zur von der EU-Kommission geplanten neuen Verordnung?

9. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand des Aufbaus eines globalen, zivilen Satellitennavigationssystems „Galileo“?

   Wie hoch sind die Kosten für das gesamte Projekt „Galileo“ und welcher Kostenanteil entfällt auf die Bundesrepublik Deutschland?

10. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung unternehmen, um die auch nach der EU-Erweiterung fortbestehenden Staus und Verkehrsbelastungen an den deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenzübergängen schnellstmöglich aufzulösen?

    Wann wird die freie Fahrt über die deutschen Ostgrenzen genauso wie bereits heute über die deutschen Westgrenzen möglich sein?

11. Welche Möglichkeiten besitzt die Bundesregierung, auf eine vernetzte Planung auch von grenzüberschreitenden Landesstraßen Einfluss zu nehmen?

II. Straßenverkehr

12. Welche Themen und Fragestellungen im Bereich Straßenverkehr sind aus Sicht der Bundesregierung bis 2006 von besonderer Bedeutung und welche Position vertritt dazu die Bundesregierung?

    Welche konkreten europapolitischen Initiativen plant die Bundesregierung diesbezüglich im Einzelnen?

13. Welches ist die Position der Bundesregierung zur geplanten Änderung der Richtlinie 1999/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 1999 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (Wegekostenanlastung)?

    Welche Position vertritt die Bundesregierung insbesondere zu den Fragen der Kapitalverzinsung nur für Straßen, deren Bau vor weniger als 15 Jahren beendet wurde, der Ausdehnung der Mauterhebung auf andere Hauptverkehrsstraßen außerhalb Transeuropäischer Netze, der Einbeziehung lärmbedingter und anderer umweltbedingter Infrastrukturkosten in die Maut, die Gebührendifferenzierung nach Straßen beanspruchen, Emissionsklassen, Tageszeit und Stauneigung, die Querfinanzierung zugunsten der Eisenbahn in sensiblen Regionen und die Zweckbindung der Gebühreneinnahmen für Unterhaltung der betreffenden Verkehrswege?

14. Welche Position vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Vorschläge der EU-Kommission zur Interoperabilität der Mautsysteme?

    Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Satellitentechnik ab 2008 für neue und ab 2012 für alle Mauterhebungssysteme verbindlich vorgeschrieben werden soll?

15. Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich der zukünftigen Rahmenregelungen für Wochenend-Fahrverbote für Lkw im Hinblick darauf, dass die bisherige Sperrminorität der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit Frankreich, Österreich und Luxemburg nach dem Beitritt der neuen EU-Mitglieder nicht mehr gegeben sein wird?

III. Eisenbahnverkehr

16. Welche Themen und Fragestellungen im Bereich Schienenverkehr sind aus Sicht der Bundesregierung bis 2006 von besonderer Bedeutung und welche Position vertritt dazu die Bundesregierung?

    Welche konkreten europapolitischen Initiativen plant die Bundesregierung diesbezüglich im Einzelnen?

17. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag der EU-Kommission zur Einrichtung einer Europäischen Agentur für Eisenbahnsicherheit und Interoperabilität?

18. Welche Initiativen plant die Bundesregierung im Hinblick auf das von der EU-Kommission angedachte „dritte Richtlinienpaket“ zur Liberalisierung der Schiene in der EU?

19. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag zur Festlegung von Qualitätsstandards im Schienengüterverkehr im Wege des EU-Rechts?

20. Wie beurteilt die Bundesregierung das zwischen der Gemeinschaft der Europäischen Bahn (GEB) und der Europäischen Transportarbeiterföderation (ETF) unterzeichnete Abkommen über Arbeitsbedingungen des mobilen Bahnpersonals im grenzüberschreitenden Verkehr?

    Wie steht die Bundesregierung zu der an diesem Abkommen geäußerten Kritik, wonach verschiedene Klauseln des Abkommens die Anforderungen vieler nationaler Arbeitszeitregelungen übersteigen und insgesamt die Regelungsdichte des Abkommens so detailliert sei, dass flexible Lösungen beim Personaleinsatz erschwert seien?

21. Hält die Bundesregierung die Einführung eines EU-Führerscheins für Lokführer für erforderlich oder ist sie der Auffassung, dass eine solche Regelung im Hinblick auf die von der GEB und der ETF bereits erzielte Verständigung über einen Europäischen Lokführerschein mit Mindeststandards für Qualifikation und Gesundheit entbehrlich ist?

IV. Kombinierter Verkehr

22. Welche Themen und Fragestellungen im Bereich des Kombinierten Verkehrs sind aus Sicht der Bundesregierung bis 2006 von besonderer Bedeutung und welche Position vertritt dazu die Bundesregierung?

    Welche konkreten europapolitischen Initiativen plant die Bundesregierung diesbezüglich im Einzelnen?

23. Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zu der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Harmonisierung intermodaler Ladeeinheiten, deren Ziel die Normierung einer europäischen Ladeeinheit zur Einsetzbarkeit in vier Verkehrsarten, die Stapelbarkeit, die Raumoptimierung für ISO-Paletten und die verbesserte Straßenverkehrstauglichkeit ist?

24. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedenken der Reeder, dass mit der Einführung eines solchen „EU-Supercontainers“ die ISO-Norm durchbrochen würde und die intermodale Ladeeinheit nicht ohne Investitionen in neue Halterungen verschifft werden könne?

    Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedenken von Straßentransport und Bahnsektor, wo Nachteile für die bestehenden Wechselbehälter befürchtet werden?

V. Seeverkehr

25. Welche Themen und Fragestellungen im Bereich des Seeverkehrs sind aus Sicht der Bundesregierung bis 2006 von besonderer Bedeutung und welche Position vertritt dazu die Bundesregierung?

    Welche konkreten europapolitischen Initiativen plant die Bundesregierung diesbezüglich im Einzelnen?

26. Teilt die Bundesregierung die von der EU-Kommission im Grünbuch über Seehäfen und Seeverkehrsinfrastruktur im Dezember 1997 dargelegten Vorstellungen über die volle Integration der Häfen in das Transeuropäische Verkehrsnetz, und welche konkreten Initiativen hat die Bundesregierung im Hinblick auf den Aufbau eines europäischen, multimodalen Netzes bisher unternommen bzw. für die nächste Zukunft in Planung?

27. Welche Position vertritt die Bundesregierung zur geplanten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3577/92 des Rates vom 7. Dezember 1992 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf den Seeverkehr in den Mitgliedstaaten (Seekabotage), wonach bei Kabotagefahrten für die Schiffsbesatzung grundsätzlich das Flaggenstaatsprinzip zur Anwendung kommen soll, das Gastland jedoch die Besetzung mit EU-Angehörigen vorschreiben können soll?

VI. Luftverkehr

28. Welche Themen und Fragestellungen im Bereich des Luftverkehrs sind aus Sicht der Bundesregierung bis 2006 von besonderer Bedeutung und welche Position vertritt dazu die Bundesregierung?

    Welche konkreten europapolitischen Initiativen plant die Bundesregierung diesbezüglich im Einzelnen?

29. Welche Position nimmt die Bundesregierung zu der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Richtlinie über Gebührengrundsätze für Flughäfen, die insbesondere Kostengerechtigkeit, Transparenz und Verbot von Diskriminierung beinhalten soll?

30. Welche Definition der „Slots“ hält die Bundesregierung im Zusammenhang mit der geplanten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 95/93 des Rates vom 18. Januar 1993 über gemeinsame Regeln für die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen in der Gemeinschaft für zutreffend?

    Welche Position nimmt sie in diesem Zusammenhang ein zu den geplanten Regelungen zu Sanktionen bei Verstößen, zur Klarstellung des Verfahrens der Vergabe von Slots an Konzerne, zur Neuordnung der Regelung „Use it or lose it“, zur Definition der Neubewerber, zur Definition der „Abfolge“ von Slots, zur Neuordnung der Koordinierungsausschüsse, zur Neutralität der Stellung des Koordinators sowie zum Handelsverbot für Slots?

Berlin, den 10. März 2004

Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Eberhard Otto (Godern)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Rainer Funke
Dr. Karlheinz Guttmacher
Dr. Christel Happach-Kasan
Christoph Hartmann (Homburg)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333